

## Es ist echt was faul im Staate Ruhrbania .....

### Grundgesetz und Mülheim – 2 Welten?

**"Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen stets aufs Neue gepflegt werden"** (Zitat Frau OB Mühlenfeld in der WAZ vom 26.5.09 anlässlich der Feierstunde zu "60 Jahre Grundgesetz")

Doch wie sieht die "Pflege" dieser allerhöchsten Errungenschaften von 60 Jahren Demokratie in ihrer Stadt Mülheim und unter ihrer Leitung konkret aus?

Bedenklich bis erschreckend und eher frei nach dem Motto: **"Was schert mich mein Geschwätz von heute oder gestern ....."**

Im folgenden 4 von vielen möglichen Beispielen der letzten Zeit

#### **Beispiel 1: Das FH-Standort-Durcheinander und die Mölmsche Demokratur**

Da stimmte der Hauptausschuss in Sondersitzung über 8 Standorte ab, die untersucht werden sollten. Die Verwaltung bestellte zur Bewertung ein Gutachterbüro, Kosten bisher unbekannt, und die kamen auf 77 Seiten zu dem Ergebnis, dass ein 9. Standort, Ruhrbania+ Kocks als "Brückenschlag", der Topfavorit sei. Dass die Kocks-Variante überhaupt im Rennen war, erfuhren Vertreter der Ratsfraktionen dann bei der Präsentation der Ergebnisse. **Warum wurde denn im HA überhaupt über alle Standorte einzeln abgestimmt, wenn die Verwaltung ohnehin macht, was sie will?** Ganz unabhängig davon, dass ich persönlich im HA die Einzelabstimmung für wenig sinnvoll hielt, mich aber nicht durchsetzen konnte.

Die Demokratie befindet sich zu FH anscheinend eher in Pflegestufe 3 bis 4, als dass sie wirklich "gepflegt" oder ernst genommen wird!

#### **Beispiel 2: Missachteter Bürgerantrag der BI "Beckstadt-/ Ludwigstr."**

Da wollte die Verwaltung eine unnötig überteuerte Sanierung dieser beiden Nebenstraßen im letzten Herbst so ganz nebenbei durchpauken. Die MBI informierten die Betroffenen und die liefen Sturm, bis sie endlich im Dez. gegen den Willen der Verwaltung angehört werden mussten. Trotz massiver Ablehnung und vieler Vorschläge der Bürger hat die Verwaltung bis heute keine ernsthafte billigere Alternative untersucht. Die BV traf keine Entscheidung und so soll alles nach den Wahlen neu aufgelegt werden. Das wollen aber die Bürger nicht. Deshalb haben sie fristgerecht für die kommende Sitzung der BV 1 am 8. Juni einen Bürgerantrag mit Vorschlägen für eine billigere Straßensanierung eingereicht. Doch der Antrag wurde nicht in der Tagesordnung aufgenommen. Als die MBI am Freitag nachfragten, wollte man den Antrag nicht finden können. Die MBI, die wie alle Fraktionen von der BI eine Kopie bekommen hatten, faxten der Verwaltung daraufhin den Bürgerantrag zu. Nach Rücksprache mit dem BV-Vorsitzenden hakte der nach den Feiertagen nach und dann schickte die Verwaltung folgende lapidare Meldung an alle BV-Fraktionen:

*"die beigefügte Eingabe der Bürgerinitiative Ludwig-/Beckstadtstraße wurde nach Absprache mit Herrn Bezirksbürgermeister Fessen nicht auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung 1 am 08.06.2009 gesetzt, da nach Aussage des Amtes für Verkehrswesen und Tiefbau eine Stellungnahme hierzu bis zur Sitzung nicht möglich ist. Die Eingabe wird Beratungsgegenstand der nächsten planmäßigen Sitzung am 04.09.2009 sein."*

Anders ausgedrückt: Die **Verwaltung will nicht und dann wird auch nicht**. Echt "gepflegte" Demokratie, aber bereits Pflegestufe 4 bis 5!

### **Beispiel 3: Die medl (51% städtisch) und die unrechtmäßigen Preiserhöhungen, Aufsichtsratsvorsitzende übrigens Frau Mühlenfeld**

Die allermeisten medl-Gaskunden haben Sonderverträge, z.T. noch aus Rhenag-Zeiten. Tausende haben seit Jahren Widersprüche eingelegt gegen die Gaspreiserhöhungsorgien. Viele haben auch gekürzt und ca. 50 haben geklagt. Alle bekamen vor Gericht die Erhöhungen der letzten 3 Jahre zurück oder durften das Geld behalten, weil die Preisanpassungsklauseln der medl ausgeurteilt unwirksam sind. Erst wollte die medl das hinterhältig heilen durch eine der Preissenkungsankündigung vom 1. April angefügte lapidare Vertragsänderung, die gelten würde, wenn man nicht widerspricht. Ein für alle Vertragsverhältnisse unmöglicher und ungesetzlicher Versuch. Dann bot die medl denen, die Widerspruch einlegten, Einzelgespräche an mit Terminen inzwischen bis Ende September! Ein medl-Kunde bat mich, ihn zu begleiten. Als er dies der medl ankündigte, schrieb sie " ... *auf die Teilnahme von Lothar Reinhard zu verzichten, weil dieser Fraktionsvorsitzender einer politischen Ratsfraktion ist und wir vermeiden wollen, dass hier eine politische Einflussnahme stattfindet.*" Als der Kunde dies nicht einsehen wollte, wurde der Gesprächstermin kurzfristig abgesagt.

Sondervertragskunden, die bisher nicht klagten und von der medl das unrechtmäßig gezahlte Geld zurück verlangen, erhalten seit Monaten keine Antwort, außer wenn sie dies über Anwalt tun. Dann bagatellisiert die medl die Gerichtsurteile und behauptet, sie brauche nicht zurück zu zahlen. Also müsste jede/r einzeln vor Gericht ziehen trotz zugestandener Unwirksamkeit der vertraglichen Preisanpassungsklausel.

Seit kurzem hat die medl begonnen, die Sonderverträge zu kündigen und neue anzubieten. Allerdings nur bei denen, die Widerspruch gegen den o.g. hinterhältigen Versuch der Vertragsänderung einlegten. Anscheinend sieht die medl bei den anderen die Verträge als geändert an. Da die medl auch nichts nachvollziehbar erklärt oder begründet hat, wissen viele nicht einmal, worum es geht. Ist das eine einfache oder bereits eine arglistige Täuschung?

Das ganze offenbart ein höchst **bedenkliches Verständnis von Rechtsstaat, insbesondere des grundgesetzlich verankerten Gleichbehandlungsgebots** und grundlegenden Regeln von Transparenz sowie des Vertragsrechts.

Da die Stadt sich bei Winterdienst-, Müll- oder Abwassergebühren genauso wie ihre Tochter medl verhalten hat (nur die Kläger erhielten unrechtmäßig kassiertes Geld zurück!), kann von "Pflege der Rechtsstaatlichkeit" in Mülheim nicht die Rede sein, im Gegenteil: Das Rechtsgefühl der Bürger wird wissentlich verletzt, zusätzlich werden sie verhohnepipelt oder hinters Licht geführt. Und wer wie die MBI versucht, die Bürger zu informieren und zu helfen, dass sie sich gegen Unrecht wehren, der begeht "politische Einflussnahme" und ist unerwünscht. Dabei wäre es gerade angebracht, dass mehr gewählte Volksvertreter in städt. oder halbstädtischen Gesellschaften die Rechte der Bürger vertreten.

Es ist bereits skandalös genug, dass ein Versorger wie die medl selbst jahrelang seine eigenen Verträge ignoriert. Die MBI haben das mehrfach nachgefragt und nie eine Antwort erhalten!

### **Beispiel 4: Ausgrenzung und Diffamierung der MBI**

Als das ganze unprofessionelle Durcheinander mit der FH-Standortsuche begann, lud Frau Mühlenfeld alle Fraktionen außer den MBI, um die FH-Erweiterung auf Ruhrbaniafeld 2 zu verkünden. Trotz Ausgrenzung der MBI ging ihr Ansinnen daneben. Wegen der öffentlichen Kritik wurden die MBI danach in die FH-Diskussionen einbezogen, bis zum Pfingstwochenende. Als Freitag Nachmittag die Fraktionsvertreter mit einem völlig neuen Standort, nämlich Kocks-Gelände, überfahren und überrumpelt wurden (s.o. Beispiel 2), verlangte Frau OB Stillschweigen bis nach Pfingsten. Am Samstag stand das aber bereits in der NRZ, woraufhin die MBI dies auch auf ihrer homepage meldeten. Das nahm M&B-Chef Schnitzmeier zum Vorwand, die MBI wieder von Informationen auszuschließen, weil die Kocks-Mitarbeiter verunsichert worden seien. Dabei wurde dieser neue Standort von Schnitzmeier selbst oder anderen Ruhrbania-Befürwortern gezielt an die Presse lanciert, obwohl noch überhaupt nichts geklärt war. Dieses unverantwortliche Verhalten den Kocks-Beschäftigten gegenüber nun den MBI anzulasten, ist böseartig. Mit Demokratie hat dieser Dilettantismus nichts zu tun, eher mit Kindergarten.

**Es ist echt was faul im Staate Ruhrbania .....**

**wo vieles an  erinnert!**